

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 10/2023

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 15. November 2023
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:08 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Bürgersaal im Rathaus

Vorsitzende: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte: 18

Es waren anwesend:

CDU: OR Henkel, OR Kehrlé, OR Miersch,

B´90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Dr. Klingert, OR Köster,
OR Ruf, OR Elke Frey, OR Stolz, OR Isele

SPD: OR Dr. Rausch, OR Siebach

FDP: OR Dr. Noé, OR Malisius

FW: OR Wenzel, OR Yesil

AfD: OR Seidler

DIE LINKE: OR Frey

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Dr. Wagner, OR Griener, OR Oppelt, OR Müller

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführer:

Carlo Wurm (StaDu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Rößler (StaDu), Frau Scheuerer (SuS),
Frau Gasparoni-Barrera (DB), Frau Streicher (DB), Herr Richter (DB)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 3. November 2023, Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 10. November 2023 auf der Internetseite der Stadt Karlsruhe ortsüblich bekanntgegeben worden.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden zur heutigen Sitzung im Bürgersaal des Rathauses. Entschuldigt für die heutige Sitzung seien Herr Ortschaftsrat Müller, Frau Ortschaftsrätin Oppelt, Herr Ortschaftsrat Dr. Wagner und Herr Ortschaftsrat Griener. Herr Ortschaftsrat Ruf werde sich voraussichtlich verspäten.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 1, Jahresbericht des Schul- und Sportamts zur Situation der Durlacher Schulen**, auf. Sie gibt das Wort an Frau Scheuerer.

Frau Scheuerer (SuS) bedankt sich herzlich und sagt, dass sie nachrecherchiert hätte und im achten Jahr hier sei. Das freue sie sehr, weil sie dann auch merke, dass dieses Thema auch sehr wichtig sei. Sie wendet sich an Frau Ries und die anderen Damen und Herren und teilt mit, dass ihnen der Bericht vorliege. Daraus möchte sie ein paar wenige Fakten nochmal zitieren.

In der Schule am Turmberg gebe es stabile Schülerzahlen und der Gebäudezustand sei wie beschrieben. Im Juni 2023 habe es einen neuen Auftrag an das HGW gegeben, um die Planungen für einen Ersatzneubau wieder aufzunehmen. Dies hätte in Rücksprache mit Frau Ries erfolgt. Das Raumprogramm liege dem HGW vor.

Die Schulverordnung bei der Gewerbeschule sei bislang die Grundlage für weitere Planungen gewesen, natürlich immer in Abhängigkeit von der Realisierung des Sportparks unterer Hub und der Verlagerung der Sportvereine ASV, DJK und TC dorthin.

Ihnen sei bereits im Vorfeld eine Frage zugegangen, nämlich ob es für die Schule am Turmberg zwingend nur einen Standort bei der Gewerbeschule im Bereich Villa Rustica gebe. Zwingend müsse es dort nicht sein. Es gebe unter Umständen weitere Entwicklungsflächen für einen anderen Standort des SBBZ, wenn die Stadtplaner, HGW und das Stadtamt es artikulieren würden. Sie gehe davon aus, dass das SBBZ-Lernen selbstverständlich in Durlach bleiben solle. Im Moment könne sie zu anderen alternativen Entwicklungsflächen nichts sagen. Das bisherige Gelände sei ganz neu und könne auch auf Entwicklungspotenzial untersucht werden. Zwingend müsse es aber nicht in der direkten Nachbarschaft der Gewerbeschule Durlach sein.

Die Grundschule am Bergwald, eine kleine Schule, alles sei beschrieben. Der Neubau der Schlossschule mit Mensa sei fertig. Die Modernisierung des Bestandsgebäude solle bis März 2025 fertiggestellt sein.

Die Modernisierung der Oberwaldschule Aue ruhe aufgrund der Haushaltslage. Sie denke sie müsse nicht auf den kommenden Doppelhaushalt der Stadt Karlsruhe verweisen.

Das Markgrafengymnasium würde ihnen sehr am Herzen liegen aber auch unter den Nägeln brennen, wie sie in vorherigen Sitzungen mitbekommen hat. Den Sachstand zur baulichen Erweiterung habe sie in ihrem Bericht beschrieben. Die Gebäude Karl-Weißer-Str. 9a und b können aufgrund ihrer Kleinräumigkeit zum Beispiel für SMV, Differenzierung, Kleingruppen oder auch als Lernräume für die Oberstufe dienen. Insgesamt würde der gesamte Raumbestand auch die Planungen für die Karl-Weißer-Straße 15 betrachtet werden. Auch das Hausmeisterhaus bei dem es eine frühere Anfrage an sie gegeben habe. Es werde eine sogenannte Machbarkeitsstudie über die kompletten beplanbaren und zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten erfolgen. Es werde auch eine neue Verteilung im Sinne einer Machbarkeitsstudie gemacht. Die Schulleitung sei heute Abend auch hier ver-

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher
Schulen**

treten und in alle Schritte eingebunden. Ein konkreter Zeitplan für das weitere Vorgehen sei noch nicht hinterlegen. Sie könne mitteilen, dass das HGW das Projekt frühestens im Doppelhaushalt 28/29 verorten werde. Es sei auch die Aussage vom HGW da, dass ein städtebaulicher Wettbewerb erst dann durchgeführt werde, wenn klar sei in welchem Haushalt das Projekt verankert sei. Falls es früher gewünscht oder gefordert sei, bedarf es dort eines Votums aus dem politischen Raum.

Bei der Gewerbeschule habe es einen Rückgang bei den Schülerzahlen der Teilzeitklassen gegeben. Das täte ihnen außerordentlich weh. Die Beweggründe hätte sie im Bericht genannt. Es gebe auch hierzu noch Verfügungen des RPs zur Zusammenlegung von Ausbildungszweigen. Sie seien in diesen regionalen Konferenzen anwesend. Es ließe sich aber leider auch von ihrer Seite nicht vermeiden, wenn die Schülerzahlen so dramatisch runtergingen einer Zusammenlegung zuzustimmen.

Seit zwei oder drei Jahren würden sie den Sachstand zur IT moderne Schule aufschreiben. Mittlerweile seien fünf Schulen komplett ans Glasfasernetz angebunden. Die restlichen drei seien in 2024 verortet. Zum Handlungsfeld Support merkt sie an, dass ihnen vielleicht aufgefallen sei, dass im letzten Handlungsfeld eine Entwicklung die kurzfristig aufkam aufnotiert worden sei. Die TESCA Karlsruhe die beim Landesmedien- und Stadtmedienzentrum verortet gewesen sei, habe zum Ende September ihren Dienst eingestellt. Es sei so gewesen, dass das Landesmedienzentrum kein Fachpersonal für die ausgeschriebenen Stellen und Aufgaben mehr gefunden habe und dann letztendlich ganz salopp, die Reißleine ihnen gegenüber gezogen habe. Das sei in Ordnung so und auch im Vorfeld mit Ihnen kommuniziert worden. Derzeit hätten sie sich den Support interimweise durch einen externen Dienstleister eingekauft. Die Firma habe sie auch im Bericht genannt. Das sei auch in Ordnung so, voraussichtlich noch bis Ende dieses Schuljahrs. Parallel laufe natürlich eine Konzepterstellung für eine Neuausrichtung des Supports, den sie sich entweder wieder als TESCA beim LMZ vorstellen könnten aber auch durch einen externen Dienstleister oder auch zum Beispiel durch das städtische IT-Amt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich und begrüßt auch den Rektor des Markgrafengymnasiums.

OR Elke Frey (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich für den Bericht. Sie habe ein paar Fragen vorformuliert und wolle wissen, wie die Situation mit Lehrkräften an den Schulen sei. Man höre und lese im Land, dass es sehr eng sei und nur mit Ersatz gehe. Sie wolle wissen, wie das an den Durlacher Schulen sei. Zum Schuljahr 2025/26 stehe die Ganztagesbetreuung über die Schulen als Angebot für die ersten Klassen an. Sie frage, was mit den Horteinrichtungen passiere und ob man auf diese Situation vorbereitet sei, also ein Ganztagesangebot anbieten könne und was mit dem Personal passiere. Sie wolle wissen, wie ergänzende Betreuung, Hortbetreuung und Ganztagesbetreuung unter einen Hut gebracht würden.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher
Schulen**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass der Rechtsanspruch ab dem Schuljahr 2026/27 gelte. Die Prüfverfahren zu Umsetzungen eines Rechtsanspruches seien im Prozess – in einem gesamtstädtischen Prozess. Sie seien in Teilen mit ihren Einrichtungen auch vertreten als Stadtamt. Es sei ein sehr breiter Beteiligungsprozess aus Verwaltung, Eltern, pädagogischen Fachkräften. Diese erarbeiten ein Konzept. Die Grundschulen in Durlach seien bis auf die Grundschule im Bergwald schon Ganztagsgrundschulen und würden sofern den Rechtsanspruch erfüllen. Die Grundschule im Bergwald bekäme bedarfsmäßig ab dem Schuljahr 2026/27 modulare Schulkindbetreuung. Für die Umsetzung des Rechtsanspruches an Primärstufen der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren habe es erste Sondierungsgespräche gegeben. Es gebe auch noch keine klaren Vorgaben vom Land, weswegen das Vorhaben etwas komplexer sei. Dies hätte natürlich auch Auswirkungen auf die Horte. Die Horte würden dann nicht mehr den KVJS-Standards unterliegen. Die noch bestehenden Horte würden in dieses Zwei-Säulen-System – modulare Betreuung integriert werden. Sie seien auch in den Gesprächen mitbeteiligt und das heiße, dass die Kinder zukünftig in die gesetzliche Ganztagschule gingen oder in eine Halbtagsgrundschule mit modularer Zusatzbetreuung. Bei den Standorten mit Horten würde an jedem Standort individuell mit der Schule, mit den Eltern eine Lösung erarbeitet werden. Da gebe es kein übergestülptes gesamtstädtisches Konzept. Für die Hortmitarbeitenden werde sich natürlich auch etwas ändern. In erster Linie für die Mitarbeitenden, die in der SJB arbeiten. Die würden sozusagen ins Schul- und Sportamt wechseln unter deren Federführung es in Zukunft ja auch liefe. Die spezielle Situation in Durlach sei, dass die Hortmitarbeitenden, Mitarbeitende des Stadtamtes Durlach seien und sie würden auch Mitarbeitende des Stadtamtes Durlach bleiben. Da gebe es eine Sonderlösung. Das müsse man sich dann ungefähr so vorstellen wie auch im erzieherischen oder sozialpädagogischen Bereich, dass sie zwar dienstrechtlich bei Ihnen seien, auch Kollegen und Kolleginnen seien, aber in die ganzen Fachabläufe des Schul- und Sportamtes miteingebunden würden. Es sei keine neue Situation für sie, sie hätten das auch in den Abteilungen JuS, HGW und Gartenbau. Es würde dann so weitergeführt. Es sei ein ganz großer Wunsch der Mitarbeitenden sowie des Personalrats, da hätten sie auch die Unterstützung des Ortschaftsrates gehabt. Dem seien Herr Dr. Lenz und der OB auch gefolgt. Sie habe das Gefühl, dass man Schritt für Schritt in einem Beteiligungsprozess komme, es konzeptionell gut anzugehen. Das sei ihr persönlicher Eindruck.

Frau Scheuerer (SuS) ergänzt die Antwort zur Lehrerversorgung. Sie sage es öfters, wenn sie im November da sei, dass der innere Schulbetrieb, zu dem auch Unterrichtsausfall und Lehrerversorgung gehöre, bei den Grundschulen zum staatlichen Schulamt gehöre und bei den weiterführenden zum RP. Sie würde wie in jedem Jahr, so wie mit Herr Wurm, vorbesprochen die Antwort von dort einholen. Es sei leider von gestern auf heute nicht einholbar gewesen. Sie würde die Antworten entsprechend dem Protokoll wieder

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 4

beifügen. Oder im Vorfeld, je nachdem wie schnell das Protokoll gefertigt sei. Wenn es so in Ihrem Sinne sei.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) bedankt sich für den Besuch und den Bericht. Es sei eine schöne Tradition und was er auch besonders schön finde, sei, dass sie jetzt auch einen extra Punkt hätten: Projekt IT-moderne Schulen. Sie würden ja wissen, dass es ihnen sehr am Herzen liege. Sie hätten alles schon gut dargestellt. Er wolle nochmal festhalten, dass es mit der Glasfaseranbindung jetzt tatsächlich deutlich voranginge. Das sei absolut begrüßenswert. Den Supportwechsel hätten sie begründet. Was ihn in dem Zusammenhang noch interessiere, sei die Zufriedenheit der Schule mit dem Support jetzt und ob es mit dem externen Dienstleister klappen würde. Und was da für Kosten für den externen Dienstleister budgetiert seien.

Frau Scheuerer (SuS) antwortet, dass sie leider deutlich sagen müsse, dass es besser als mit TESKA sei. Der Firma Bechtle gebühre von ihrer Seite ein riesen Lob. Sie hätten es von Ende September auf ersten September quasi aus dem Boden gestampft. Das sei natürlich eine große IT-Firma, aber nichts desto trotz hätten sie ihre Fachleute nicht auf Halde gehabt, sondern diese auch extra für sie abgezogen. Die Schulen seien sehr zufrieden damit. Daraus resultiere auch, dass sie nicht nur bis 31.12. die Firma Bechtle interimweise beauftragt hätten, sondern bis zum Ende dieses Schuljahrs. Da seien sie auch sehr dankbar gewesen, dass sie einen wirklich leistungsfähigen externen Dienstleister bekommen hätten. Die Zahlen könne sie nur vom 25.09. bis 31.12 sagen und da lägen sie ungefähr bei 150.000 Euro. Aber im kompletten Projekt IT-moderne Schule hätten sie diese Reserve entsprechend da, um Bechtle zu bezahlen. Sie hätten in Corona auch einige Corona- und Digitalpaktquellen vom Bund und Land angezapft und da ganz ordentliche Fördersummen bekommen, zu dem on Top was sie sowieso für das Projekt im städtischen Haushalt verortet hätten.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) sagt, dass es, wenn es so gut lief, auch eine Option sei, zu prüfen, ob man das nicht vielleicht mit dem externen Dienstleister auch verlängern könne. Das müsse natürlich sicherlich ausgeschrieben werden, aber das wäre eine Anregung.

Frau Scheuerer (SuS) bedankt sich und erklärt, dass es ein offizielles Ausschreiben sein müsse. Die Firma Bechtle werde sich aber mit Sicherheit auch daran beteiligen.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) bedankt sich für den Bericht. Einiges sei ja schon genannt worden. Sie hätten trotzdem noch zwei Fragen und wollten wissen, wie das Schul- und Sportamt grundsätzlich einen eventuellen Gemeinschaftsstandort von Gewerbeschule und Schule am Turmberg sehe. Und in der letzten Sitzung habe es noch die Aussage

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 5

gegeben, dass es keine Vorgabe gebe, wenn es zu Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Sportanlagennutzung käme. Sie wollten wissen, ob mittlerweile an einer Vorgabe gearbeitet werde, dass wenn so etwas zukünftig wieder passiere, Konsequenzen entstehen würden?

Frau Scheuerer (SuS) sagt, dass sie wissen würden, auf welche Konstellation sich die zweite Frage beziehen würde. Es sei definitiv so, dass sie bislang mit Streitigkeiten dieser Art nicht oft zu tun hatten. Die Sportabteilung sei aber dran an diesem Thema und sie von der Schulabteilung würden natürlich auch die Belange, die die Schulen haben, insbesondere das Markgrafen Gymnasium. Sie denke, er stelle auf die Frage ASV Durlach, DJK Durlach ab. Im Haus gebe es zwei Abteilungen. Sie als Schulabteilung vertrete insbesondere die Belange des Schulsports aller Schulen, die die Anlage nutzen. Die Sportabteilung von Frau Hinken kümmere sich dann auch um die Belange der Sportvereine. Dieser Prozess laufe in der Sportabteilung bei ihnen.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) führt aus, dass er mehrere Fragen haben. Die erste beziehe sich auf die schon angesprochene Schule am Turmberg, die ja wie alle wissen würden in keinem guten Zustand sei. Sie würde von einem Zeitplan schreiben. Er möchte wissen, ob man dazu schon etwas Genaueres sagen könne? Es stehe im Bericht, „es wird dran gearbeitet“. Die Schule bräuchte eine positive Entwicklung. Er würde gleich seine zweite Frage anhängen, die sich auf die IT, moderne Schule beziehe. Da tauche oft die Formulierung auf „aktueller Status noch unbearbeitet“. Ihn würde interessieren warum es an verschiedenen Schulen immer noch unbearbeitet sei. Den Schluss hätte er nicht so ganz verstanden. Da heiße es „Handlungsfeld Endgeräte, drei Endgeräte, Notebook, Tablet oder PC pro Unterricht pro Klasse pro Jahr werden über das SuS beschafft“. Er fragt, ob das heiße, dass man die Zahlen der Klasse und Endgeräte nehme und dann anhand dessen sage, so und so viele Endgeräte müssten in der Schule sein. Und er wolle wissen, wie es mit irgendwelchen Klassensätzen aussehe.

Frau Scheuerer (SuS) meint, sie könne zum Zeitplan der Sanierung der Schule am Turmberg heute wirklich nichts Verlässliches sagen. Von ihrer Seite sei alles heute nicht so begründbar.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass Frau Scheuerer und das Schul- und Sportamt das getan hätten, was in ihrer Aufgabe stehe. Das heiße, sie hätten einen Projektauftrag an das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft gegeben. Jetzt müssten sie sozusagen beim HGW nachfragen oder vielleicht auch nachdem, was sie heute vom SuS gehört hätten, noch einmal einen gemeinsamen Antrag stellen, dass es vorgezogen werde. Sie hätten sich aber auch verabredet, dass sie zu den Schulbauten

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 6

auch mal eine spezielle Ausschuss II Sitzung machen. Da müsse man jemanden von HGW einladen und in dem Rahmen nochmal diskutieren.

Frau Scheuerer (SuS) bezieht sich auf die Frage, warum es in einem anderen Fall „noch unbearbeitet“ heiße. Sie würde ungern die Lücke von sich weisen und auf jemand anderes. Aber es sei in der Tat so, dass bei dem Handlungsfeld Infrastruktur nicht nur sie, sondern auch das HGW und die Stadtwerke. In diesen beiden Bereichen hätten sie im Moment nicht so die Man-Power um schneller voran zu gehen. Das tue ihnen auch persönlich leid, da sie mit den Schulen auch immer im direkten Kontakt ständen. Sie würden schauen und tun, was auch immer in ihrer Macht stehe um dort entsprechend bei den anderen Akteuren auch für schnellere Umsetzung zu sorgen. Aber sie würden am Ball bleiben. Sie denke schon, dass sie ganz viel in diesem Projekt erreicht hätten. Dazu noch der Hintergrund, dass das Projekt für fünf Jahre angelegt gewesen sei und zum Dezember 2023 enden. Sie hätten sich Mitte des Jahres vom Schulbeirat das Okay geben lassen, dass sie das Projekt um ein weiteres Jahr verlängern dürfen - bis Ende 24. Sie würden davon ausgehen, dass sie dann an alle fünf Handlungsfelder einen Haken setzen könnten. Zum Standard plus 3 wäre anzufügen, dass es immer noch den Medienentwicklungsplan geben würde, der den gewissen Standard mit Ausstattung an Geräten vorgebe. Da seien es im Moment drei Geräte pro Klassensatz. Nichtsdestotrotz würden sie, wenn die Schulen zu ihnen kämen alles Menschenmögliche tun, um auch darüber hinaus auszustatten.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) merkt an, dass dem Markgrafen Gymnasium schon ewig die Mensa fehle. Er wolle wissen, wie da die Planung aussehe.

Frau Scheuerer (SuS) sagt, dass sie es in ihrem Bericht ausgeführt habe und auch eben nochmal extra gesagt. Die Karl-Weysser-Str. 9a und 9b sei nach langer Zeit erworben worden. Die Kleinteiligkeit denkt sie würden sie alle wissen. Die Karl-Weysser-Str. 15 lief Gott sei Dank auch und sei auf den Zug aufgesetzt worden. Das Nächste sei tatsächlich die Betrachtung des kompletten Bestands und diese sogenannte Machbarkeitsstudie. Dafür habe das HGW den Auftrag bereits bekommen. Sie habe auch ausgeführt, dass der Zeitplan, vom HGW eigentlich aufgrund der schwierigen Haushaltslage mit 2028/29 benannt worden sei. Sie könne es immer nur von ihrer Seite aus sagen, sie würden auch sie als SuS sehr damit unterstützen, wenn sie aus ihren Reihen und mit ihren Möglichkeiten das Projekt entsprechend weiter voranbringen würden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries), dass ihrem Kenntnisstand nach das SuS kein Amt sei, das Schulneubauten oder Sanierungen verhindern wolle.

Frau Scheuerer (SuS) bestätigt das.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 7

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt, dass man sich den tatsächlichen Gegebenheiten stellen solle.

Frau Scheuerer (SuS) sagt, dass es ihnen persönlich sehr am Herzen liege.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich für den Bericht. Er habe auch eine Frage, die Richtung MGG gehe. Er habe eben rausgehört, dass sie den Architekturwettbewerb erwähnt habe, wenn er dies nicht missverstanden habe. Er erinnere sich, dass sie vor einigen Monaten zusammengesessen wären und erläutert bekommen hätten, was die einzelnen Projektschritte seien, die dazu führten, dass es dann irgendwann im Haushalt 28/29 verankert werden könne. Eine Erkenntnis aus dieser Runde sei gewesen, dass dieser Architekturwettbewerb wahrscheinlich mindestens sechs Monate in der Erstellung plus nochmal eine gewisse Zeit für die Auswertung erfordere. Damals hätten sie angeregt zu prüfen, ob man das vielleicht auch mal ohne Architekturwettbewerb machen könne, um so ein Haushaltsjahr zu gewinnen. Er wolle wissen, ob er ihrer Aussage entnehmen könne, dass diese Prüfung erfolgt sei und negativ beschieden worden sei, oder ob das noch liefe.

Frau Scheuerer (SuS) erklärt, sie könne als SuS zum städtebaulichen Wettbewerb und ob er durchgeführt werden müsse nichts dazu tun. Da sei sie auf die Aussagen des HGW, auf die Zuarbeit angewiesen. Bislang sei jeder Neubau oder jede große Sanierung durch einen städtebaulichen Wettbewerb durchgeführt worden. Das sei im Grunde, so ein bisschen was die Hochbauämter machen müssen, sowie sie ausschreiben müssten. Es seien auch vorgeschriebene Verfahren. Ob von dem abgewichen werden könne, könne sie nicht sagen. Sie würde es aber gerne mitnehmen und auch von ihren Reihen aus ans HGW ran tragen. Sie sei gern bereit die entsprechende Antwort zu kommunizieren.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich und erklärt, dass sie es dann wiederrum mit dem Ausschuss II mit HGW diskutieren könnten.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) bedankt sich. Er habe noch eine Frage im Wissen, dass sie nicht für die Deputats- und Stundenverteilung zuständig sei. Aber sie habe ja gesagt, dass sie bereit sei, die Fragen mitzunehmen und zur Klärung an die entsprechenden Abteilungen weiterzuleiten. Seine Fraktion sei von der Schule am Turmberg darüber informiert worden, dass bedingt durch einen Organisationserlass für die SBBZ, die Schulen lernen würden, dass sie mit drastischen Kürzungen der Deputate zu rechnen hätten. Die Schule am Turmberg habe bemerkt, dass dadurch ihr Bildungsauftrag und ihre Arbeit mit den Schülern und Schülerinnen drastisch eingeschränkt werde. Da sei es von ihrer Seite interessant, eine Stellungnahme von Seiten der Verwaltung zu erhalten, ob sie

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

**TOP 1: Jahresbericht des Schul- und Sportamtes zur Situation der Durlacher
Schulen**

Blatt 8

es ebenso sehe, dass diese Deputatstunden oder dieser Organisationserlass zu drastischen Verschlechterungen der Arbeit an der Schule führten.

OR Seidler (AfD) erklärt, dass er noch eine Frage zur Integrierung des Hortbetriebs in die Schulbetreuung habe. Er wolle wissen, wie er sich das vorzustellen habe. Bisher sei es so gewesen, dass Horte in den Ferien beispielsweise mehr Betreuung angeboten hätten als Ganztageschulen. Gleichzeitig sei es so gewesen, dass die erweiterte Betreuung an Schulen kein Mittagessen bekommen habe während die Hortkinder- und die Tageskinder Schulessen bzw. Hortessen bekommen hätten. Da habe es insoweit eine Ungerechtigkeit gegeben. Er wolle wissen, ob es inzwischen vorgesehen sei, es über diese Module auszugleichen und was das beispielsweise auch für die Ferienbetreuung bedeute? Er wolle wissen, ob es weniger Ferienbetreuung für alle gebe oder wie er sich das vorzustellen habe?

Frau Scheuerer (SuS) sagt, dass es im Ganztagesförderungsgesetz stehe, dass das Mittagessen unverzichtbarer Bestandteil der Ganztagsbetreuung sei. An den bisherigen Ganztagschulen würde man das auch gar nicht anders kennen. Das sei natürlich auch völlig widersinnig, dass es nichts Warmes zu Essen gebe über den Mittag, wenn man Kinder bis 16 Uhr dahätte. Mittagessenmodul sei also definitiv vorgeschrieben und würde auch angeboten. Bei der Ferienbetreuung würde das Ganztagesförderungsgesetz aussagen, dass nur noch vier Wochen Schließzeit da seien und nicht mehr wie bisher maximal elf.

OR Seidler (AfD) fragt, ob ein Halbtageskind auch essen bekomme.

Frau Scheuerer (SuS) sagt, dass ein Halbtageskind auch zum Essen angemeldet werden könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass sie keine weiteren Wortmeldungen mehr habe und bedankt sich recht herzlich bei Frau Scheuerer.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Anpassung der Mietentgelte für die durch das Stadtamt Durlach zu vermietenden Räumlichkeiten Karlsburg, Nikolauskapelle, Rathausgewölbe, Veranstaltungsraum Turmbergterrasse und Festhalle Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 2, Anpassung der Mietentgelte für die durch das Stadtamt Durlach zu vermietenden Räumlichkeiten Karlsburg, Nikolauskapelle, Rathausgewölbe, Veranstaltungsraum Turmbergterrasse und Festhalle Durlach**, auf. Außerdem ruft sie dazu einen Ergänzungsantrag der SPD-Ortschaftsratsfraktion auf.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) führt aus, dass sie die Vorlage zur wahrscheinlich unumgänglichen Kostenerhöhung kennen würden. Sie seien aber auch der Auffassung, dass sie die Durlacher Vereine unterstützen müssten mit etwas, was sich wirklich auswirke und nicht nur Lob und Applaus bedeute. Sie hätten festgestellt, dass angesichts der differenzierten Regelung, Situationen eintreten könnten, bei denen die Mietkosten die Nebenkosten nahezu erreichten oder überstiegen. Da stelle sich die Frage, ob es nicht diese Nebenkosten seien, die Vereine davon abhielten, in die öffentlichen Räume zu gehen, obwohl sie selbst keine eigenen Räume hätten. Deshalb stellten sie den Antrag zusätzlich zu der einmaligen Befreiung von der Miete, die Vereine auch von 50 Prozent der Nebenkosten nur in dieser einmaligen Nutzung zu befreien. Man sehe, dass allein die Nutzung der Bühne in der Festhalle mit Nebenkosten ausgewiesen werde. Da merke man schon, dass das Faktoren seien, die sich addieren könnten. Sie hätten erfreulicherweise heute ganz schnell eine Antwort bekommen, wie hoch das ins Gewicht falle, wenn man die bisherigen Vermietungszahlen heranziehe. Da komme ein relativ kleiner Betrag raus, der haushaltsrechtlich aus ihrer Sicht vertretbar sei. Man solle aber auch nicht vergessen, dass durch die Senkung für die Vereine auch ein Anreiz entstehe, günstiger als bisher an öffentliche Einrichtungen, wenigstens einmal im Jahr heranzukommen. Aus diesem Grund wären sie natürlich viel glücklicher, wenn man 100 Prozent der Nebenkosten erlassen könne, aber sie wollten die Haushaltsdisziplin natürlich auch einigermaßen wahren und den Vereinen ein mehr als symbolisches Zeichen geben, dass sie in Durlach das öffentliche Leben durch die Zurverfügungstellung von Räumen in einem finanziell vertretbaren Rahmen unterstützten und sie würden den Ortschaftsrat um Unterstützung des Antrags bitten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) dankt. Sie hätten ihnen dazu ein paar Informationen zusammengestellt. Als Verwaltung würden Sie dem Antrag gelassen gegenüberstehen. Sie wollten dem auch nicht zuwider reden, um mehr Geld einzunehmen. Es gelte aber, noch ein paar Anmerkungen zu machen, denn insofern förderten sie die Vereine nun schon stärker. Die Heiz- und Stromkosten seien bereits in der hundertprozentigen Förderung enthalten, was weitere 560 € jährliche Vereinsförderung bedeute, dass sie die Nikolauskapelle, den Gewölbekeller und den Turmberg einer 75 prozentigen, beziehungsweise 100 prozentigen Förderung zuführten, die früher nur bei 60 Prozent gewesen sei. Gerade auch Vereine, die die Manpower hätten könnten die Pauschale für

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Anpassung der Mietentgelte für die durch das Stadtamt Durlach zu vermietenden Räumlichkeiten Karlsburg, Nikolauskapelle, Rathausgewölbe, Veranstaltungsraum Turmbergterrasse und Festhalle Durlach

Blatt 2

die Bestuhlung durch Selbstabbau verringern. Eines bitte sie zu beachten. Es sei keine ausschließliche Bezuschussung der Durlacher Vereine. Diese Bezuschussung bedeute, dass sie aus ihrem Durlacher Budget alle Karlsruher Vereine bezuschussen würden. Das müsse man einfach wissen. Sie könnten keine reine Bezuschussung der Durlacher Vereine machen und müssten es für alle Karlsruher Vereine öffnen.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, dass sie vorab zwei Fragen eingereicht hätten. Zum einen wollten sie wissen, warum die Kostendeckungsgrade so unterschiedlich seien und zum anderen, welche Kalkulationen da zu Grunde gelegt worden seien für die Entgelterhöhung. Zum Zusatzantrag der SPD wolle er sagen, dass die Preiserhöhungen so kalkuliert seien, dass Mehrerträge von 53.500 € entstünden, so dass eine Mindereinnahme von 1600 € nicht groß ins Gewicht falle. Es würde ihn aber interessieren, wie vielen Vereinen das Geld zu Gute komme. Wenn es 20 Vereine seien, wären es Kleckerles-Beträge pro Verein, wenn es zwei oder drei seien, dann wäre es nennenswert.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass es im letzten Jahr ungefähr 20 gewesen seien, zur Hälfte Karlsruher und zur Hälfte Durlacher Vereine. Sie redeten über Gesamtbeträge zwischen 33 € und 270 € Nebenkosten. Es sei nicht so, dass die Mehrerträge die eigentliche Miete überstiegen. Zu den unterschiedlichen Kostendeckungsgraden, könne sie sagen, dass es an den unterschiedlichen Mietkosten des HGW liege.

Herr Rößler (StaDu) ergänzt, dass der Hauptkostenpunkt die internen Mietzahlungen sei, die sie an Hochbau und Gebäudewirtschaft entrichteten. Das sei vom Gebäude selbst abhängig. Auch die Personalaufwendungen seien vom Betreuungsaufwand der einzelnen Räumlichkeit abhängig. Diese Räumlichkeiten seien auf der Kostenseite nicht miteinander vergleichbar. Hinzu komme die unterschiedliche Qualität der Räumlichkeiten, wenn man die Turmbergterrasse und die Festhalle miteinander vergleiche. Die Räumlichkeiten seien im Verrechnungsergebnis im Jahr 2022 schon immer sehr unterschiedlich gewesen. Da die Mietkostenerhöhung prozentual anhand des Verbraucherpreisindex berechnet worden seien, blieben hier auch die Unterschiede bestehen. Sie hätten zuletzt im Jahr 2015 die Entgelte festgesetzt. 2020 hätten sie das für die Festhalle gemacht, als sie diese in ihre Verwaltung übernommen hätten. Zwischenzeitlich sei der Verbraucherpreisindex erneut gestiegen, was jedoch nicht in der Vorlage berücksichtigt worden sei. Hinzu habe es Angleichungen zwischen den einzelnen Räumen gegeben. So seien Stehtische nun in jedem Raum gleich und die Reinigungspauschale sei anhand der tatsächlichen Kosten für eine Reinigung berechnet worden.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Anpassung der Mietentgelte für die durch das Stadtamt Durlach zu vermietenden Räumlichkeiten Karlsburg, Nikolauskapelle, Rathausgewölbe, Veranstaltungsraum Turmbergterrasse und Festhalle Durlach

Blatt 3

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass man es gerade bei den Kostendeckungsgraden an dem Beispiel sehen könne, dass der Raum in der Turmbergterrasse klein sei und wenig Quadratmeter habe und die Festhalle viel Quadratmeter habe. Trotzdem könne man für die Festhalle nicht mehr verlangen, wie für die Turmbergterrasse. Der eine Raum habe eine tolle Ausstattung und eine exponierte Lage. Die Festhalle sei in einem maroden Zustand. Das seien enorme Unterschiede. Sie müssten sich auf dem Markt umsehen, wie die anderen Veranstaltungslocations ihre Mieten umsetzten, so dass sie in entsprechender Konkurrenz bestehen könnten.

OR Dr. Noé (FDP-OR-FRAKTION) erklärt, dass die Vorlage klar gegliedert sei und darstelle, was die Haupt- und was die Nebenkosten seien sowie die Regelung, dass die Durlacher Vereine kostenfrei einmal im Jahr die Räume bekämen. Interessant finde er, dass es für alle Karlsruher Vereine gelte. Das wolle er unterstreichen. Es sei eine Großzügigkeit, man könne es auch als Standortmarketing bezeichnen. Natürlich seien sie der Meinung, dass man die lokalen Vereine unterstützen könne. Eingegangen sei es am 14.11. und es habe eine Budgetrelevanz. Er finde es schade, dass er heute Nachmittag in seinem E-Mailpostfach diesen Zusatzantrag gefunden habe. Vielleicht hätte man da im Ältestenrat auch mal drüber sprechen oder sich zusammentelefonieren können. Jetzt spreche man da von 1700 €. Da wollten sie nicht kleinlich sein. Ob diese 30 bis 250 € einen Verein abhielten die Räume zu buchen, wisse er nicht. Daran solle es aber nicht gebrechen. Er wünsche sich, dass man zukünftig so etwas zeitiger interfraktionell abstimmen könne.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) merkt an, dass er zwei Fragen habe. Er wolle wissen, ob die Verwaltung davon ausgehe, dass durch die Nebenkostensenkung mehr Veranstaltungen zu Stande kommen könnten. Außerdem wolle er vom Antragssteller wissen, ob der Nachlass auch für Veranstaltungen mit Eintritt gelten solle. Er sei sich nicht sicher, ob der Antrag dann auch so korrekt sei.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) führt aus, dass wenn es nur bei Veranstaltungen ohne Eintritt seien, sie dann damit kein Problem hätten. Er wisse nun aber nicht, wie viele Veranstaltungen es mit und wie viele es ohne Eintritt gebe. Es gebe aber vielleicht auch Vereine, die Eintritt verlangen müssten, um mit einer Veranstaltung im Jahr ihre Arbeit zu gestalten. Sie würden den Antrag so lassen, wie er formuliert sei. Er denke, dass das mit den Nebenkosten so okay sei, da es ja oftmals Pauschalen seien, wie Stehtische, Beschallungsanlage und Beamer oder die Bühnennutzung. Das seien ja Einrichtungen die vorgehalten würden und nicht schon nach einem Jahr erneuert werden müssten. Deswegen würden sie den Antrag so lassen. Genau dort wo kostenfrei stehe, solle dann der Nachlass auf die Nebenkosten drinstehen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Anpassung der Mietentgelte für die durch das Stadtamt Durlach zu vermietenden Räumlichkeiten Karlsburg, Nikolauskapelle, Rathausgewölbe, Veranstaltungsraum Turmbergterrasse und Festhalle Durlach

Blatt 4

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass in der Festhalle sehr wohl Veranstaltungen ohne Bühne stattfinden, wie beispielsweise IHK-Prüfungen und Tanzkurse. Für die, die keine Bühne bräuchten, sei es von Vorteil, dass die Bühnenkosten nicht in die Gesamtkosten eingerechnet würden. Es könne sein, dass es durch die Reduzierung der Nebenkosten zu Mehranmietungen komme, von Durlacher und von Karlsruher Vereinen. Je nachdem wie dann die Entwicklung sei, würden sie hier auf das Gremium zukommen, ob sie mit dem bestehenden Personal, dem Hausmeisterpool zusätzliche Veranstaltungen abdecken könnten. Das sei aber dann Zukunftsmusik. Darüber müssten sie dann reden, wenn die Situation eintrete. Sie würden auch dann nochmal auf das Gremium zukommen, wenn die Haushaltssicherungsrunde 3 oder 4 komme. Dann müsse ihnen aber klar sein, dass ihnen dann im Ergebnishaushalt Gelder fehlten, die sie an Karlsruher Vereine gegeben hätten. Die Luft der Einsparung sei jetzt ausgelutscht. Die nächste Haushaltseinsparung werde ganz klar im Personal- und Sachkostenbudget des Stadtamtes Durlach stattfinden. Bis dahin hätten sie auch nichts dagegen, dass man das so mache. Wenn eine neue Situation komme müssten sie gegebenenfalls nochmal neu darüber diskutieren.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) erklärt, wenn die Zustimmung zum Antrag bedeute, dass die fünfzigprozentige Nebenkostenersparnis auch für Veranstaltungen mit Eintritt gelte, könnten sie dem nicht folgen. Was die hundert Prozent Rabatt für Veranstaltung ohne Eintritt für Vereine betreffe, damit könnten sie leben. Mit Eintrittsveranstaltungen würden sie den Antrag ablehnen, es sei denn der Antragssteller ändere seinen Antrag ab.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) dankt der Verwaltung für die Erläuterungen zum Ergänzungsantrag. Das seien die viel stärkeren Benefits für die Durlacher und Karlsruher Vereine, die sich ändern würden. Das sei der Heiz- und Stromkostenzuschuss, die bisher überhaupt nicht bezuschusste Förderung der Nikolauskapelle und des Gewölbekellers und auch ein höherer Zuschuss für die Turmbergterrasse. Das seien positive Veränderungen für die Vereine gegenüber des Status Quo. Nichtsdestotrotz würden sie sehen, dass der Betrag verschmerzbar sei. Das würden sie sicher in den avisierten Ertragssteigerungen unterbringen und trotzdem noch einen Beitrag leisten für die Haushaltsstabilisierung. Gerne dürften auch mehr Karlsruher Vereine nach Durlach kommen. Letztendlich könne es auch dazu führen, dass Folgeeinnahmen generiert würden. Sie seien ja nachher auch bei dem Punkt der Förderung der Durlacher Geschäftswelt und des Handels. Das könne auch eine Sogwirkung haben, die sich wiederum in Gewerbesteuer und Einnahmen für die Händler widerspiegle. Sie würden zustimmen. Ob es für kostenpflichtige Veranstaltungen gelte oder nicht, sei für sie nicht das entscheidende Kriterium.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Anpassung der Mietentgelte für die durch das Stadtamt Durlach zu vermietenden Räumlichkeiten Karlsburg, Nikolauskapelle, Rathausgewölbe, Veranstaltungsraum Turmbergterrasse und Festhalle Durlach

Blatt 5

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) dankt. Aus den von Herrn Pötzsche genannten Gründen würden sie als Verwaltung das auch entspannt sehen. Sie habe nur die Bitte, dass sie neu diskutierten, sobald eine neue Situation eintrete.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) führt aus, dass der Antrag sehr smart sei. Ihn ärgere aber, dass er sehr kurzfristig gekommen sei. Herr Noé habe das auch gesagt. Man würde es nun auch an dem Abwägen in der Diskussion sehen. Er selbst habe es, da er mobil unterwegs sei, jetzt erst gelesen. Er könne mit einem guten Gewissen weder zustimmen noch ablehnen. Es habe Effekte. Es könne positiv oder negativ sein und er bitte ihnen in Zukunft mehr Beratungszeit zu geben. Wenn man sich nicht hundertprozentig sicher sei, würde man es einfach ablehnen. So würden sie es nicht des Inhaltes wegen, sondern der Abwägungsweise ablehnen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass sie Herrn Wenzel da nur unterstützen könne. Von 18:30 Uhr am gestrigen Abend bis heute sei es für sie auch eine gewissen Anstrengung diese Daten und Zahlen zu liefern. Sie hätten dafür einen Ältestenrat, dass man solche Sachen vorbesprechen könne. Das sei bisher auch Gepflogenheit in der Zusammenarbeit des Durlacher Ortschaftsrates gewesen.

OR Seidler (AfD) merkt an, dass er noch eine Verständnisfrage zu den Kostendeckungsgraden habe. Er wolle wissen, warum bei den Kostendeckungsgraden die Planzahlen für 2023 beispielsweise bei der Karlsburg so viel geringer seien als 2024 und im Ergebnis 2022.

Herr Rößler (StaDu) antwortet, dass das im Jahr 2022 schon die Ergebniszahlen seien, also die tatsächlichen Zahlen, die sie erreicht hätten. Im Jahr 2023 seien es die Planzahlen aus dem Doppelhaushalt 2022/23. Im Hintergrund von Corona hätten sie die Planansätze eher vorsichtig eingestellt. Die Zahlen seien sicherlich niedriger, als wenn sie tatsächlich abschließen würden. Da werde der Kostendeckungsgrad 2023, der aktuell nur die Planzahlen abbilde im Ergebnis deutlich nach oben korrigiert.

OR Seidler (AfD) fragt, ob sich die Zahlen dann dem Ergebnis 2022 annähern würden.

Herr Rößler (StaDu) bejaht.

OR Anna Frey (Die Linke) führt aus, dass der Ergänzungsantrag für sie auch kurzfristig gekommen sei, aber nicht zu kurzfristig. Letztendlich könne so ein Ergänzungsantrag auch erst erfolgen, wenn der zugrundeliegende Antrag vorliege. Daher finde sie es vollkommen in Ordnung, dass er zu dieser Zeit komme. Sie danke auch für die schnelle Stellungnahme

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 2: Anpassung der Mietentgelte für die durch das Stadtamt Durlach zu vermietenden Räumlichkeiten Karlsburg, Nikolauskapelle, Rathausgewölbe, Veranstaltungsraum Turmbergterrasse und Festhalle Durlach

Blatt 6

des Stadtamtes. Sie sehe jetzt die Konsequenz, ob es jetzt auf die kostenpflichtige oder nur auf die nichtkostenpflichtigen Veranstaltungen gehe, bei dem prognostizierten Gesamtvolumen als nicht zu groß an. Im Zweifel, bevor eine Veranstaltung gar nicht stattfinden könne, wäre es ihr recht, wenn sie es lieber für die Vereine ermöglichen. Daher werde sie zustimmen, bevor sie so einen Antrag ablehnten und dadurch Veranstaltungen in Durlach nicht möglich machten. In diesem Fall sei den Vereinen und den berechtigten Gruppen jede Unterstützung zuzugestehen, die an dieser Stelle möglich sei, damit die Veranstaltungen dann auch stattfinden könnten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass der Durlacher Ortschaftsrat eher als Ermöglicher für die Vereine bekannt sei, statt als Verhinderer. Sie ruft den Ergänzungsantrag zur Abstimmung auf.

Ja: 12

Nein: 6

Enthaltung: -

Mehrheitlich zugestimmt

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt, den Antrag eingebunden in ihre Vorlage, also die abgeänderte Vorlage zur Abstimmung.

Ja: 18

Nein: -

Enthaltung: -

Einstimmig zugestimmt

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) erklärt, dass sie die konstruktive Kritik bezüglich der Kurzfristigkeit aufgenommen hätten. Er müsse aber sagen, dass man manchmal auch spontane Ideen habe und wie man im Ergebnis sehe, seien das nicht die schlechtesten. Daher würden sie schauen, dass sie beim nächsten Mal nicht so spontan, aber trotzdem genauso gut seien.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Planfeststellungsverfahren „740-m-Gleis Karlsruhe-Durlach“

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 3, Planfeststellungsverfahren „740-m-Gleis Karlsruhe-Durlach“**, auf. Sie begrüßt hierzu Frau Gasparoni-Barrera, Frau Streicher und Herrn Richter von der Deutschen Bahn. Hier habe es noch Fragen gegeben.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) führt aus, dass man sich angesichts der Lage des Ausbaugleises frage, wer das so gebaut habe, dass man das jetzt so umbauen müsse, dass man am Ende des Bahnhofs Güterzüge aufs Hauptgleis führe, wo eigentlich meist nur Personenzüge fahren würden, um es dann 50 Meter weiter rechts rauszuschwenken. Verkehrlich könne man da gar nicht anders darüber denken. Das sei sicherlich sehr notwendig. Nicht nur wegen der geplanten Verlängerung von Güterzügen. In der Tat sei es so, dass man bei Projekten in der Dornwald- und Untermühlsiedlung als Ortschaftsrat sehr gute Unterstützungen aus den Siedlungen habe. Solche hätten sie auch erreicht. Es stelle sich da die Frage, warum die Zugzahlen im Planfeststellungsverfahren Barrierefreier Ausbau der Gleise 11 und 12 am Durlacher Bahnhof anders seien, als die im Planfeststellungsverfahren des Eisenbahnbundesamtes. Bei vielen Sachen seien sie exakt gleich. Es gebe aber doch größere Unterschiede. Er wolle wissen, ob das am zeitlichen Versatz liege. Außerdem gehe es hier um die 16. Bundesimmissionsschutzverordnung §1. Er wolle wissen, warum es als nichtwesentliche Änderung des Schienenweges gesehen werde.

Frau Gasparoni-Barrera (DB) erklärt, dass die Unstimmigkeit bezüglich der Zugzahlen auf einem unterschiedlichen Prognosehorizont beruhe. Die AVG habe als Horizont 2025 für das Planfeststellungsverfahren genutzt. Sie nutzten die Zugzahlen von 2030. Zur zweiten Frage könne sie sagen, dass sie glaube, hier sei eine Unstimmigkeit entstanden. Sie hätten tatsächlich eine wesentliche Änderung. Sonst würden sie überhaupt keine Lärmschutzmaßnahmen umsetzen. Gemäß Bundesimmissionsschutzverordnung §1 Anwendungsbereich hätten sie eine wesentliche Änderung, aber nicht nach dem ersten Satz, sondern nach dem zweiten. Der erste Satz besage, dass der Schienenweg, um durchgehende Gleise erweitert werde. Das sei bei ihnen nicht der Fall. Nach diesem Satz hätten sie tatsächlich keine wesentliche Änderung, jedoch nach dem zweiten Satz. „Durch einen erheblichen baulichen Eingriff der Beurteilungspegel des zu ändernden Verkehrswegs ausgehenden Verkehrslärms um mindestens drei dB oder auf mindestens 70 dB am Tag oder mindestens 60 dB in der Nacht erhöht werde“. Dadurch hätten sie eine wesentliche Änderung und deswegen hätten sie auch im Rahmen der Planung Lärmschutzmaßnahmen berücksichtigt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest. Im Rahmen des Beschlussantrags sei ihnen ein kleiner Fehler unterlaufen, da sie ja im Anhörungsverfahren seien. Sie müssten ja als Ortschaftsrat beschließen, dem Gemeinderat zu empfehlen, die Planungen zur Kenntnis zu nehmen und dem Vorhaben

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 3: Planfeststellungsverfahren „740-m-Gleis Karlsruhe-Durlach“

Blatt 2

unter Berücksichtigung der Hinweise der Verwaltung grundsätzlich zuzustimmen.

Ja: 17

Nein: -

Enthaltung: 1

Einstimmig zugestimmt

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Ausweisung von allgemeinen Carsharing-Stellplätzen in Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 4, Ausweisung von allgemeinen Carsharing-Stellplätzen in Durlach**, auf. Sie wolle direkt auf Fragen aus dem Ältestenrat eingehen. Es sei gefragt worden, ob die Rentabilität des Standorts in der Tasch vorab geprüft worden sei und ob es vorgesehen sei, nicht rentable Stellplätze wieder aufzulösen. Das sei eine Frage Herrn Kehrlers gewesen. Sie könne antworten, dass keine detaillierte Prüfung der Rentabilität erfolge. Da der Standort aber vom Unternehmen Stadtmobil vorgeschlagen worden sei, werde dieser wohl rentabel sein. Zumindest in den letzten Jahren sei kein Stellplatz aufgrund fehlender Rentabilität aufgelöst worden. Es sei gefragt worden, ob die Initiative von Stadtmobil oder der Verwaltung ausgegangen sei. Herr Dr. Noé habe das gefragt. Sie könne antworten, dass die Stadt Karlsruhe grundsätzlich Carsharing fördern wolle, um einen wichtigen Baustein zur nachhaltigen Mobilität anzubieten. Der konkrete Standort sei hier allerdings von Stadtmobil vorgeschlagen worden. Diese könnten anhand ihrer Daten schauen, in welchen Gebieten viele Nutzer von Carsharing lebten und so bedarfsgerecht Standorte vorschlagen. Auf die Frage, ob jedes Carsharing-Auto dort geparkt werden dürfe oder nur Fahrzeuge der Firma Stadtmobil könne sie antworten, dass es als allgemeiner Carsharing-Stellplatz ausgewiesen werde. Da dürften alle Fahrzeuge parken, die eine Kennzeichnung als Carsharing-Fahrzeug nach Paragraph 4 hätten. Das sei eine Carsharing-Plakette. Die Standorte seien nicht über eine Ausschreibung an Stadtmobil vergeben worden. Außerdem habe Herr Dr. Noé wissen wollen, ob dort E-Ladesäulen für elektrische Carsharing-Fahrzeuge geplant seien. Grundsätzlich sei dort ein normaler Carsharing-Stellplatz geplant. Zukünftig solle es in Karlsruhe vermutlich auch E-Carsharing geben. Dort müsse aber geschaut werden, an welchen Standorten eine Nachrüstung möglich sei. Frau Dr. Klingert habe wissen wollen, ob Stadtmobil Nutzungsgebühren entrichten müsse. Da es sich um allgemeine Stellplätze für Fahrzeuge mit Kennzeichnung als Carsharing-Fahrzeuge handele, müsse Carsharing keine Nutzungsgebühr entrichten.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) bittet um getrennte Abstimmung zu den beiden Stellplätzen. Der Standort Elsa-Brandström-Straße 4 sei aus der Bürgergemeinschaft Bergwald gekommen und sei für sie so in Ordnung. Nichts gegen die Mobilitätswende, aber der Stellplatz in der Tasch sei für sie nicht nachvollziehbar. Das bringe hier aus ihrer Sicht nichts. Wenn das in Zukunft ein fester Anbieter habe, dann könnten sie zustimmen. Für einen allgemeinen Stellplatz würden sie aber keine Notwendigkeit sehen, da es in dem Gebiet genügend Stellplätze gebe.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) erklärt, dass die Vorsitzende seine Fragen wunderbar beantwortet habe. Er selbst habe auch lange dort gegenüber gewohnt. Das was Herr Kehrlé gesagt habe, sei ihm auch aufgefallen. Er würde auch gerne wissen, warum gerade dort. Er kenne da bessere Standorte.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Ausweisung von allgemeinen Carsharing-Stellplätzen in Durlach

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie es nur wiederholen könne. Wenn Stadtmobil einen Standort haben wolle, dann würde Stadtmobil seine Daten auswerten und wenn es dort oben an der Stelle keine Nutzer gebe, dann würde Stadtmobil es auch nicht beantragen. Daher wäre sie mit privaten Einschätzungen vorsichtig. Da habe die Firma Stadtmobil eine bessere Datenbasis als sie mit ihrem geschulten Auge.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) erklärt, dass sie es grundsätzlich begrüßten. Zu den Bedenken der CDU-Fraktion wolle er anmerken, wenn die Carsharing-Plätze markiert seien, dann finde man diese auch besser im Stadtbild. Wenn da nur stehe, dass das Auto in der Kastellstraße stehe, dann könne er von der Turmberg-Bergstation bis hinten zum Friedhof suchen, wo das Auto sei. Außerdem wolle er eine Anregung an Stadtmobil geben. So wie man nach den Stellplätzen schaue, möge man bitte auch schauen, ob man den Bereich für diese Freefloating-Fahrzeuge, Stadtflyter, erweitere. Mit denen könne er nur auf halbe Höhe des Turmbergs fahren und nicht weiter hoch. Da würde er sich freuen, wenn man sich die Nutzerdaten ein bisschen genauer anschau und vielleicht diesen Freefloating-Bereich erweitere.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) führt aus, dass sie es begrüßten. Den Sharing-Konzepten gehöre insbesondere im Bereich der Mobilität die Zukunft. Auch sie hätten mal eine Aktion im Bergwald gehabt. Die Leute hätten gesagt, dass sie so etwas gerne hätten. Darüber freuten sie sich sehr.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) ergänzt, wenn Stadtmobil diese Stellplätze haben wolle, dann würden da die Autos stehen. Sobald diese ausgewiesen seien, würden sie da zwei Autos hinstellen. Die Autos stellten sie dorthin, wo die Nutzer seien.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass die Bürgergemeinschaft Bergwald das sehr begrüße. Das sei ein großer Wunsch aus der Bürgerschaft. Einige hätten sogar schon Firmennutzungen als Firmenbenefit. Dadurch gebe es im Bergwald gar nicht so wenig Stadtmobilnutzer, auch wenn sie selbst vielleicht noch ein Auto hätten.

OR Anna Frey (DIE LINKE) merkt an, dass es ein großer Unterschied sei, ob es sich hier um einen festen Parkplatz für Stadtmobil handele, weil Stadtmobil feste Stellplätze für sich angemietet habe, die dann dort ihre feste Station hätten, oder ob es das Zusatzzeichen 10c-70 sei, wo kein fester Parkplatz für ein bestimmtes Stadtmobil abgestellt werde. Das könne aber kein Dauerparkplatz sein. Wer mit dem Carsharing-Fahrzeug unterwegs sei, dürfe es dort parken. Die Fahrzeuge müssten trotzdem nach der Buchungsdauer, außer es handele sich um Freefloating, wieder zu ihrer angestammten Station zurückgebracht werden. Daran ändere sich ja nichts. Von daher könne der Platz von Fahrzeugen aller Anbieter genutzt werden. Sie finde es eine super Sache. Sie müssten sich daran ge-

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Ausweisung von allgemeinen Carsharing-Stellplätzen in Durlach

Blatt 3

wöhnen, dass es von diesen Plätzen mehr im Stadtbild geben müsse. Es sei das richtige Signal. Der Weg gehe weg vom Individualverkehr, vom eigenen Fahrzeug hin zu Carsharing und öffentlichem Verkehr. Karlsruhe werde attraktiver und zugänglicher. Durlach habe einen großen Bereich, wo die Freefloating-Flotte bereits drin sei. Es sei eine gute Möglichkeit, um Mobilität in Durlach zu erweitern. Sie stehe voll hinter dem Antrag.

OR Ruf (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, dass er vollstes Vertrauen habe, dass Stadtmobil in der Lage sei, seine eigenen Daten auszuwerten. Er würde sich hier auch nicht anmaßen, dass ohne Datengrundlage besser zu können. Sie begrüßten es, dass es hier entstehe. Er erinnere daran, dass 55 Prozent der Haushalte in Karlsruhe autofrei seien. Gewisse Kosten würden hier durch das Setzen von Pfosten entstehen, wenn kein bereits vorhandener Pfosten dort sei, um die Schilder festzumachen. Deswegen wolle er anregen, zu prüfen, ob man zwei oder mehrere Standorte vorbereiten könne. Sicherlich werde das Geschäftsmodell an der Stelle ausgebaut und noch weitere Standorte benötigt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass man an einen Pfosten später auch zwei Schilder hängen könne.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) ergänzt, dass sie nicht dagegen seien. Er habe sich nur über den Standort gewundert. Im Großen und Ganzen sinke der Individualverkehr nicht, sondern er bleibe gleich. Die Anzahl der Autos sei in Deutschland in den letzten Jahren nicht signifikant gesunken, auch wenn 55 Prozent frei seien. Sie stiegen ja. Und wer in den Großstädten sei, der wisse ja, dass es viele Anbieter gebe. Sie wollten deswegen auch keine Monopolstellung eines Anbieters. Sie wüssten, dass große Anbieter schon an der Schwelle seien, nach Karlsruhe zu kommen. Bisher hätten sie nur einen Anbieter. Sie hätten sich über den Standort gewundert, weil genügend Stellplätze da seien. Aber wenn man ein Schild haben wolle, könnten sie damit leben. Es würden ja nicht hunderte von diesen Schildern kommen. Da gebe die Straßenverkehrsordnung ja auch vor, wie viele es pro Einwohner sein könnten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und ruft zur Abstimmung über Standort A, Elsa-Brandströmstraße, auf.

Ja: 18

Nein: -

Enthaltung: -

Einstimmig zugestimmt

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 4: Ausweisung von allgemeinen Carsharing-Stellplätzen in Durlach

Blatt 4

Anschließend ruft sie zur Abstimmung über Standort B, In der Tasch, auf.

Ja: 15

Nein: 2

Enthaltung: 1

Mehrheitlich zugestimmt

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 5: Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofsgebührensatzung)

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 5, Satzung der Stadt Karlsruhe über Gebühren für das Friedhofs- und Bestattungswesen (Friedhofsgebührensatzung)**, auf. Sie stellt keine Wortmeldungen fest und ruft den Tagesordnungspunkt direkt zur Abstimmung auf.

Ja: 16

Nein: 2

Enthaltungen: –

Mehrheitlich zugestimmt

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 6: Kombiweg für Fußgänger und Radfahrer in der Rittnertstraße

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 6, Kombiweg für Fußgänger und Radfahrer in der Rittnertstraße**, auf und übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Pötzsche.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) führt aus, dass es erfreulich sei, dass das Stadtplanungsamt diesem Vorschlag gefolgt sei. Natürlich sollten auch die Bäume erhalten bleiben. Sie wollten nicht, dass deshalb Bäume gefällt werden müssten. Wenn man mit dem Rad und Fußweg zu nah an die Bäume komme, könne man ja Gittersteine verlegen. Das Problem sei, dass ihnen etwas zugesagt werde, aber nicht gesagt werde, wie lange es dauere, ob es ein, zwei oder drei Jahre dauere und dann vielleicht vergessen werde. Daher wolle er wissen, wie der Zeitplan aussehen könne.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) antwortet, dass sie das zur Klärung weitergeben würden.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) dankt der FDP-Fraktion für den Antrag. Vor drei Jahren hätten sie den Antrag mit exakt gleichem Inhalt gestellt. Es sei zugesagt worden, dass eine Planung erstellt werde. Ungefähr eineinhalb Jahre später hätten sie nochmal nachgefragt. Es sei zugesichert worden, dass sie mit einer Planung beginnen und sich Gedanken machen würden. Deswegen freuten sie sich, dass die FDP hier mit ins Boot gesprungen sei. Sie würden anbieten, hier noch weitere Anträge zuzuschießen. Da müsse man am Stadtplanungsamt Kritik üben. Sie hätten vor eineinhalb Jahren zugesagt, dass sie demnächst damit anfangen, sich Gedanken zu machen. Wenn man den Text lese, sehe man, dass sie sich Gedanken gemacht, aber noch nichts zu Papier gebracht hätten. So komme man mit solchen Projekten nicht vorwärts. Bei der ersten Antwort hätten sie ihnen Oberlehrerhaft geschrieben, dass sie natürlich wüssten, wo sie Zuschüsse bekämen. Die Zuschüsse würden aktuell in Karlsruhe für die Planungen Grünwettersbach, Wolfertsweier fließen und seien geflossen für den Ausbau des Radweges Hohenwettersbach, Zündhütte. In diesem Sinne hätten sie das auch beantragt.

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ergänzt, dass man die Kritik Richtung Stadtplanungsamt sehr laut und deutlich äußern müsse. Man müsse in der Historie dieser Thematik blättern. Da sei ihnen in Stellungnahmen schon einiges versprochen worden. In einer Stellungnahme sei zu lesen gewesen, dass schon zwei Querungsmöglichkeiten definiert worden seien. Jetzt heiße es in der Antwort auf den FDP-Antrag, dass man noch gucken müsse, wo die Querungsmöglichkeiten für den bergauffahrenden Verkehr seien. Da seien Aussagen gemacht worden, dass es schon Pläne gebe, die in einer Ausschuss II Sitzung vorgestellt würden. Sie würden diese Kritik entsprechend weiterleiten. Das Stadtplanungsamt habe da seinen Vertrauensvorsprung verspielt. Sie müssten da wirklich am Ball bleiben. Er habe den Eindruck, das Stadtplanungsamt nehme den Ort-

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 6: Kombiweg für Fußgänger und Radfahrer in der Rittnertstraße

Blatt 2

schaftsrat hier nicht sehr ernst und verschleppe das Thema. Dafür sei diese Wegstrecke einfach viel zu wichtig.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 7: Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach**

Blatt 1

Der Vorsitzende (1. Stellv. Ortsvorsteher Martin Pötzsche) ruft **TOP 7, Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach**, auf.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) führt aus, dass Workshops zum geplanten Verkehrskonzept stattgefunden hätten. In diesem Rahmen seien auch Gespräche mit den Einzelhändlern geführt worden, die sich nicht richtig hätten mitgenommen gefühlt. In diesem Zusammenhang sei erwähnt worden, dass die vom Einzelhandel begrüßte Brötchentaste abgeschafft worden sei, verbunden mit der Frage, was mit den Mitteln passiert sei. Er habe die Legislatur Revue passieren lassen. Die Brötchentaste sei mit der Begründung abgeschafft worden, dass es eine klimaschädliche Subvention sei. Man habe diese Subventionierung des PKW-Verkehrs nicht haben wollen. Zusätzlich hätten sie heute noch ein anderes Problem, die fehlenden Stadtmittel. Sie hätten es damals schon für ehrlicher gehalten, wenn man gleich über das Geld geredet hätte und nicht über das Klima. Die Abschaffung habe damals eine Pattsituation verursacht und keine Mehrheit im Ortschaftsrat für die Abschaffung gehabt. Der Gemeinderat habe daraufhin mit den dort vertretenen Parteien über den Durlacher Kopf hinwegentschieden. Die Ortsvorsteherin habe damals den moralischen Wunsch und die Verpflichtung im Gemeinderat platziert, dass die Mittel aus der Brötchentaste der Förderung des Durlacher Einzelhandels zukommen sollten. Dass das keine formelle Zusage auf ewige Zeit sei, sei klar. Nichtsdestotrotz mache es aufgrund der moralischen Zusage der Stadt Sinn, darüber zu sprechen. Er wolle wissen, wie hoch die Mehrerträge durch den Wegfall der Brötchentaste seien. Hier habe man sich mal hohe Beträge erhofft. Die Frage der Mittelzuweisung an Durlach sei beantwortet worden. Da seien auch durchaus sinnvolle Maßnahmen gemacht worden. Er wolle das Augenmerk nochmal auf drei Zahlen lenken. 2021 hätten sie 60.000 € bekommen. 2022/23 seien es 20.000 €. Eigentlich sollten sie 2024 gar nichts bekommen. Hätte die FDP-Fraktion da keinen Antrag gestellt, wäre das wahrscheinlich verlaufen. Jetzt habe man ihnen zumindest 10.000 € versprochen. Das zeige ein Bild der Wertschätzung Durlachs von Seiten des Gemeinderats. In Karlsruhe hätten sie ganz tolle städtische Organisationen, die sich um Standortmarketing, Tourismus und Einzelhandelsförderung kümmerten. Da sei ihnen nicht ganz klar, wie die Zuständigkeiten seien. Sie hätten jetzt gerne mal von der Karlsruher Marketing und Event GmbH die Pläne zur kurz- und mittelfristigen Stärkung des Einzelhandelsstandorts gehört. Das seien die Sorgen, die die Einzelhändler umtrieben. Dann sei die lapidare Antwort gekommen – diesen noch nicht mal Zweizeiler müsse man sich auf der Zunge zergehen lassen – in dem drinstehe, dass sie nicht zuständig seien. Da stehe drin, dass das City Marketing nur für die Karlsruher Innenstadt zuständig sei. So könne man mit dem Ortschaftsrat nicht umgehen. Daraufhin habe er ihre Gemeinderatsfraktion angesprochen. Da habe man gesagt, dass es ja vielleicht tatsächlich so sei. Er bitte die Verwaltung darum, dass in einer der nächsten Sitzungen ein Verantwortlicher des Stadtmarketings hier sitze und ihnen auch mal die Struktur erläutere. Er habe festgestellt, dass es die KME gebe. Es gebe das City Marketing, dass das teilweise auch nebenamtlich mache. Es gebe die City Initiative Karlsruhe, ein eingetragener Verein, in dem er übrigens

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 7: Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach**

Mitglied sei. Der Verein werbe auch außerhalb der Innenstadt Mitglieder. Die hätten jede Menge Durlacher Mitglieder und auch seine kleine Apotheke in Hagsfeld. Da könne man doch nicht sagen, dass man nur City mache. Das sei ziemlich verquer und deswegen möge er darum bitten, dass mal dargestellt werde, was die Strukturen seien. Wenn die KME nur für Großveranstaltungen zuständig sei, – so stellten sie sich auf der Internetseite dar – warum es dann so etwas wie die Schlosslichtspiele nicht auch in Durlach gebe. Sie könnten hier so viel mehr. Sie könnten die Karlsburg bespielen, hier Kultur machen. City of Media Arts könne genauso in der historischen Altstadt von Durlach stattfinden. Da müsse man einfach ein bisschen kreativ sein. Die Antwort habe ihn ziemlich verärgert. Dennoch wollten sie hier konstruktiv zusammenarbeiten. Er habe den Eindruck, dass Durlach hier immer hinten runterfalle. Ihm falle da nur eine Antwort ein. Sie bräuchten mehr Durlacher im Gemeinderat. Nächstes Jahr hätten sie alle die Möglichkeit das zu ändern.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) übernimmt wieder die Sitzungsleitung und erklärt, dass sie der Bitte nachkommen und die entsprechenden Leute von der KME und der Karlsruher Stadtmarketing einladen würden. Vielleicht fänden sie auch jemanden, der für Durlach zuständig sei. Sie oder ihn würden sie dann auch einladen. Sie könnten auf die Antwort zu den Summen antworten. Das Tiefbauamt teile mit, dass man keine Einzelaufstellung der Orte Durlach und Mühlburg habe, aber man sei von geschätzten Mehreinnahmen von etwa 150.000 € ausgegangen. Pandemiebedingt seien die Umsätze eingebrochen, weswegen für Durlach geschätzte Mehrerträge in 2021 und 2022 von jeweils 30.000 € angenommen werden könne. Für das laufende Jahr sei eine Prognose aktuell noch nicht möglich. Sie möchte zu bedenken geben, dass es geschätzte Beträge seien. Offensichtlich seien es immer noch geschätzte Beträge, also einen ermittelten Betrag, – wenn sie das so lese – gebe es nicht.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) dankt der FDP-Fraktion für den Antrag. Der werde wirklich gebraucht. Sie habe auch ein bisschen recherchiert. In der damaligen Gemeinderatssitzung habe Herr Dr. Mentrup gesagt, dass die Mehreinnahmen, die durch den Brötchentastenwegfall zustande kämen, geistig für die Wirtschaftsförderung in Durlach reserviert werden sollten. Damals sei über 270.000 € für Durlach und Mühlburg gesprochen worden. Durlach sei ein bisschen größer. Von daher tendenziell sollte mindestens die Hälfte für Durlach avisiert werden. Implizit sei von jährlichen Beträgen die Rede gewesen.

Dann seien Workshops durch die Firma Imakomm gemeinsam mit den Geschäftsleuten durchgeführt worden. Rausgekommen sei ein Aufkleber, ein sehr schöner digitaler Adventskalender und Unterstützung für die Weihnachtsbeleuchtung. Frau Luczak-Schwarz habe gemeint, dass das wirkungsvolle Maßnahmen seien. Sie frage sich als Laie, wie die Wirksamkeit der Maßnahmen gemessen worden sei. Sie wolle wissen, ob es da eine Evaluation gebe, wie viel Umsatz generiert worden sei aus den drei genannten Maßnahmen heraus. Dieselbe Firma habe noch eine andere Studie gemacht. Die nenne sich zukunfts-

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 7: Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach**

Blatt 3

fähige Innenstädte. Die hätten über 130 Städte befragt und auch beraten. Unter anderem hätten sie mit Ettlingen zusammengearbeitet. Das sei ja von der Größe und Bevölkerungsstruktur ähnlich wie Durlach. Da sei gesagt worden, dass die Alleinstellungsmerkmale der Innenstädte herausgearbeitet werden müssten. Das Stadtmarketing sei ganz wichtig. Das schien ihr deutlich tiefergehend als das was sie gesehen hätten, in ihren Workshops. Sie frage sich, wo bei ihnen die strategischen Neuaufstellungen und innovativen Ideen seien, Konzepte für die Wareneinstellung, Last-Mile oder schöne bunte Schaufenster anstatt blinder Schaufenster. Sie finde, dass da viel zu wenig passiert sei. Wenn sie sich den Strauß an Maßnahmen, der aus den 60.000, plus 20.000 in 2022, plus 20.000 in 2023 entstanden sei, ansehe, frage sie sich ob sie wirklich wie bisher weitermachen wollten. Ein bisschen fühle man sich verschaukelt. Die Gelder, damit sie sich extern beraten lassen könnten, seien ihnen gestrichen oder zumindest nicht umgesetzt worden. Intern sei die KME für sie nicht zuständig, obwohl auf der Website stehe, dass die KME das City- und Standortmarketing in und für Karlsruhe verantworte, im Rahmen einer strategischen Gesamtaufstellung der Stadt Karlsruhe. So weit sie wisse, gehörten sie seit einigen Jahrzehnten zu Karlsruhe. Deswegen würde sie sich da ein bisschen mehr erwarten. Sie denke, dass sie auch hier als Ortschaftsrat eine Aufgabe hätten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass sie nochmal auf den Ausgangspunkt mit der Imakomm einzugehen wolle. Sich dort beraten zu lassen, sei richtig gewesen. Wenn man sich solche Konzepte erstellen lasse, brauche man dann aber auch das Geld um sie umzusetzen. Wenn schon klar sei, dass die Gelder dafür gar nicht da seien, dann nützten ihr auch Workshops und anderes nicht. Deswegen habe sie es in der damaligen Gemeinderatssitzung auch nicht als einmaligen Zuschuss gesehen. Sie hätten auch nicht gesagt, dass das ewig so bleiben müsse. Sie habe die Zustimmung aber für die nächsten Jahre gesehen und so auch die Gemeinderatsfraktionen verstanden. Vielleicht sei das irgendwann auch mal ein Thema für die Gemeinderatsfraktionen, damit diese zeigten wie wichtig ihnen Durlach sei und wie stark Durlach Teil der Gesamtstadt Karlsruhe sei. Das wollten sie ja sein. Das sei ihr wichtig zu sagen. Sie hätten ja auch Kleinigkeiten gemacht, die Beilagen zum Naturparkmacht. Auch die Radiowerben seien durchaus wirksame Sachen. Aber die großen Konzepte könnten sie aber nicht für 10.000 bis 20.000 € machen.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) führt aus, dass seine Fraktion diese Antwort zum Teil unterirdisch finde. Allein der Abschlusssatz auf Seite 3 der KME sei für sie eine Unverschämtheit. Auch wenn sich die KME wünsche, dass Karlsruhe am Europaplatz anfangen und am Kronenplatz aufhören, sei das nicht so. Karlsruhe ende am Grötzinger Ortsschild, am Stupfericher Ortsschild, in Knielingen draußen. Dazu gehörten auch die B-Zentren Durlach und Mühlburg. Für Identitätsstiftende Werbemaßnahmen habe Durlach wohl genug Veranstaltungen zu bieten. Es habe nun wieder einen Martinsumzug mit knapp 1000 Leuten gegeben. Selbst wenn sie nur 10.000 bekämen und einen Tausender in das Event

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 7: Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach**

Blatt 4

steckten. Das Event sei allein bis Bretten und viel weiter bekannt. Die Leute würden dafür von weit her angefahren kommen. Ihm sei aber auch nicht klar, ob die Akteure wie DurlacherLeben wüssten, dass noch Gelder vorhanden seien.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) signalisiert, dass das bekannt sei.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) erklärt, dass es dann aber auch die Akteure versäumt hätten, sich dahinterzuklemmen und Ideen zu sammeln. Vielleicht werde es mal Zeit, dort in Erinnerung zu rufen, dass noch Budget da sei und dass sie es weiter forderten. Die KME könne das Fest machen, Kraftwerk vors Schloss holen, dass sei auch werbewirksam. Man könne aber auch mit weniger Budget kleinere Veranstaltungen, die Identitätsstiftend für die Stadtteile durchführen, wenn man es wolle.

OR Wenzel (FW-OR-Fraktion) führt aus, dass sie darum gekämpft hätten. Frau Dr. Klingert, Herr Dr. Noé und Herr Kehrlé hätten Recht. Er müsse nun die ketzerische Frage stellen, ob die ganze Sache mit der Abschaffung der Brötchentaste nichts anderes gewesen sei, als Sand in die Augen zu streuen. Einen Gewinn könne er nicht sehen. Wenn er die Zahlen und die Gegenrechnung sehe, müsse man sich nicht nur überlegen, wie sich der Gemeinderat zukünftig in Richtung Durlach aufstelle, sondern man müsse überlegen, wie viele Städte wie beispielsweise Kopenhagen wieder damit anzufangen, Parkplätze zu schaffen und das Thema Brötchentaste als Zugpferd für ihr B-Zentrum im neuen Gemeinderat, wenn dann jemand aus Durlach drin sitze, auf die Tagesordnung zu bringen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass zum jetzigen Zeitpunkt eher daran gelegen sei, die Diskussion über die Brötchentaste nicht zu führen, sondern sich eher darauf zu konzentrieren, was sie in der aktuellen Situation mit dem jetzigen Gemeinderat und den jetzigen Akteuren für Durlach tun könnten.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, dass das ganze Thema eine Historie habe. 2018 hätten sie einen Antrag gestellt. Da sei es um die Situation des Einzelhandels in Durlach gegangen. Das Ergebnis sei gewesen, dass es eine Beauftragung eines Gutachtens gegeben habe. Da habe es das SIMA-Gutachten gegeben mit Handlungsempfehlungen. Papier sei geduldig, danach habe der See geruht. Das zweite sei ein interfraktioneller Antrag im Jahr 2021 über Initiativen des City-Marketings der KME zum B-Zentrum Durlach. Da seien die Fraktionen geschlossen aufgetreten und hätten Unterstützung gefordert. Das Ergebnis sei gewesen, dass die KME nicht zuständig gewesen sei. Die Förderung der B-Zentren Durlach und Mühlburg liege im Aufgabenbereich des Amtes für Stadtentwicklung und der Wirtschaftsförderung Karlsruhe. Bis auf die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen gemeinsam mit Imakomm habe es nichts gegeben. Da habe es also die Antwort gegeben, die einen seien nicht zuständig und die anderen machten nichts. In der Antwort auf den FDP-Antrag habe er davon auch nichts gehört. Im April

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 7: Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach

2021 hätten sie dann den letzten Antrag zu diesem Thema gestellt. Da sei es um das Thema Leerstandsmanagement und Zwischennutzung gegeben habe. Da hätten sie auch Unterstützung eingefordert. Es sei aber nichts passiert. Fünf Jahre später würden sie immer noch dieselben Antworten bekommen. Es passiere überhaupt nichts. Es gebe keine personellen Ressourcen für sie. Es gebe vielleicht ein bisschen Geld. Ein Verständnis für die Problematik gebe es eigentlich überhaupt nicht. Er sei der Meinung, dass sie nicht unbedingt mehr Geld bräuchten. Er sei der Meinung, dass sie ganz andere personelle Ressourcen für Durlach im Stadtamt bräuchten. Es brauche ja auch eine Nachhaltigkeit und eine Verfolgbarkeit. Sie könnten Einzelmaßnahmen machen und die Händler abfragen. Ehrlich gesagt brauche es Kontinuität und Verlässlichkeit in diesem Sektor. Kümmeren tue sich aus der Zentrale, aus der Stadt Karlsruhe, niemand. Mit dem nächsten Gemeinderat sollten sie trotz der angespannten Haushaltslage schauen, dass sie im personellen Sektor vielleicht etwas machten. Aktuell könne es das Stadtamt bei allem löblichen Einsatz in der Kontinuität und der Professionalität nicht schaffen. Das Stadtamt versuche über kulturelle Förderung, Vereinsförderungen, Aktivitäten hier etwas im Rahmen des Möglichen zu tun. Er frage sich auch, warum Durlacher und Auemer Gewerbetreibende weniger Wert seien, als Karlsruher Händler. In Karlsruhe sei es überhaupt kein Thema, dass da eine Struktur aufgebaut werde, die Marketingunterstützung anbiete. Da würden Gelder freigesetzt. Es habe schon einen guten Grund, dass sie B-Zentrum seien. Sie hätten ein Einzugsgebiet und einen Versorgungsauftrag. Warum seien sie da weniger wert. Ihm sei schon bekannt, dass Karlsruhe einen großen Batzen an Problemen habe. Das heiße aber nicht, dass sie dann hinten runterfallen müssten und keine Unterstützung bekommen dürften. Eines müsse man aber auch sagen. Ihnen gehe es beim Faktor Leerstand noch gut. Man könne jetzt darüber diskutieren, ob der qualitativ gut gefüllt sei. Das heiße aber nicht, dass sie es nicht versuchen könnten, es besser zu machen und dass sie versuchen könnten es auszudehnen. Aue habe bestimmt auch noch einen großen Bedarf an Einzelhandelsfläche und Nutzung. Er sei nicht der Meinung, ob sie jetzt 10.000 € mehr bekämen oder nicht und ob sie die jetzt für Flyer oder etwas anderes ausgeben müssten. Sie hätten die entsprechende Größe und auch das Recht darauf zu drängen, als Unterstützung für ihre Händlerinnen und Händler, hier eine professionelle Struktur aufzubauen. Da wolle er für die kommende Legislaturperiode werben, dass sie versuchten mit dem Gemeinderat zusammen da eine Lösung zu finden. Alles andere könne verpuffen. Es brauche einfach Kontinuität und Professionalität.

OR Dr. Rausch (SPD-OR-Fraktion) erklärt, dass es nicht sinnvoll sei, dass sie an dieser Stelle nicht auseinandergehen sollten mit der Aussage: „Gut, dass wir darüber gesprochen haben“. In ein paar Wochen würden sie sich dann wieder ärgern. Es sei natürlich leider richtig, wenn in Durlach nichts funktioniere, die Schuld dafür meistens in Karlsruhe zu finden sei. Sie müssten jetzt auch irgendwie zu einem Ergebnis kommen und nicht nur die Situation beklagen. Er wolle auf Herrn Dr. Noés Gedanken zurückkommen, dass man sich mit den Experten als ganzer Ortschaftsrat zusammensetze. Es sei egal ob in öffent-

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 7: Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach**

Blatt 6

licher oder nichtöffentlicher Sitzung. Sie würden einige Dinge zusammentragen, was sie haben wollten. Da könne man ihnen sonst vorwerfen, dass sie nicht wüssten, was sie wollen. Dann kämen die Kampagnen. Da habe das Land Baden-Württemberg schon selbst spüren müssen, dass das vielleicht nicht der richtige Weg sei. Vielleicht sei der richtige Weg, eine weitere Veranstaltung von gesamtstädtischer Bedeutung in Durlach stattfinden zu lassen. Es müsse kein Workshop sein. Es könne auch in einer öffentlichen Sitzung ein Tagesordnungspunkt sein, wo sie sich mal die Zeit nehmen würden, es vorstrukturieren, eine halbe oder dreiviertel Stunde darüber reden und dann sehe man hinterher weiter. Irgendwann rechne auch einer aus, was das koste und dann würden sie natürlich überlegen, ob es für das Marketing günstiger sei, die Brötchentaste einzuführen oder das Geld doch wieder zu nehmen. Da wolle er gar nichts dazusagen. Er finde es richtig, wenn sie etwas Konkretes aus dem heutigen Tagesordnungspunkt rausbringen würden.

OR Anna Frey (DIE LINKE) erklärt, dass der Einzelhandel jetzt nicht ihr Leib- und Magenthema sei, aber der Protest Herrn Noés sei absolut berechtigt. Das sei ein Affront sich hier nicht zuständig zu erklären und es sei ein großes Problem, dass nach der langen Zeit, die sie die Brötchentaste nicht mehr hätten, noch keine tatsächlichen Zahlen berechnet seien worden. Das sei eine Sache, die man strukturell so nicht hinnehmen sollte. Sie finde es auch gut, wenn der Ortschaftsrat an der Stelle nachhake, was die Zuständigkeit von der KME angehe und was auch die tatsächlichen Werte angehe und Herrn Mentrup da bei seinem mündlichen Versprechen beim Wort zu nehmen und diese Gelder abzurufen. Was dann anschließend in Durlach passiere, müsse auch festgelegt werden. Dafür gebe es in Durlach gute Ideen. An der Stelle finde sie es gut, wenn sie da nicht untätig seien und dann auch jetzt mitbeschließen würden, dass es eine Meldung an die KME gebe bezüglich der Zuständigkeit und bei Herrn Mentrup direkt, was die Zuweisung der kompletten Mittel angehe und nicht nur eines kleinen Abschlags von 20.000 €, sondern mit der tatsächlich regelmäßig anfallenden Summe.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) merkt an, dass sie nochmal auf die Herausforderung zurückkommen wolle, vor der Durlach und viele andere Städte stehen würden. Das sei nicht das Verkehrskonzept und es sei nicht die Brötchentaste. Das seien Dinge wie eine ansteigende Anzahl von Hitzetagen die sich natürlich auch auf Handel und nichtkommerzielle Nutzung ihrer wirklich wunderschönen Innenstadt auswirkten. Das sei der Onlinehandel, über den sie reden müssten. Es sei natürlich der Handel, aber nicht nur. Das sei auch unter Umständen die ein oder andere Pandemie, denn sie wüssten alle, dass mit der zunehmenden Erhöhung der Durchschnittstemperatur mehr Problem in gesundheitlicher und epidemiologischer Hinsicht bekommen. Sie glaube, sie müssten wirklich strategisch handeln. Sie könne da nur Herrn Pötzsche zustimmen. Es gehe eben nicht um Firlefanz, sondern um eine strategische Neuausrichtung und darum, was die Bürgerinnen und Bürger sowie der Handel wollten. Sie müssten alle mit ins Boot nehmen. Sie glaube, dass sie da professionelle Unterstützung bräuchten.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 7: Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach

Blatt 7

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) führt aus, dass sie große Verärgerung und große Enttäuschung bemerke über die Art, wie man glaube, die Stärkung des Durlacher Einzelhandels zur realisieren. Für sie würden sich zwei Fragen stellen. Sie glaube nicht, dass sie darüber diskutieren müssten, ob die KME für Durlach zuständig sei oder nicht. Denn sie sei es nicht. Für sie stelle sich die Frage, wer in der Stadt Karlsruhe – ob eine GmbH oder in der Verwaltung – zuständig sei für die Stärkung des Einzelhandelsstandorts Durlach. Die müssten sie dann einladen, um genau diese Punkte mit Ihnen zu diskutieren. Was bringe es ihnen denn, wenn sie die KME einladen würden und diese seien nicht zuständig oder schickten ab und zu an einem Samstag ein Festmobil. Das sei nicht das, was Sinn und Zweck des Antrags sei. Das wäre auch zu beschließen, heute an dieser Stelle. Diese Person brauche dann auch Haushaltsmittel, um genau das professionell umzusetzen. Das Stadtamt Durlach habe da eigentlich gar keine Zuständigkeit. Sie hätten dafür auch kein Personal. In keiner Arbeitsplatzbeschreibung irgendeines Mitarbeiters stehe drin, dass sie Wirtschaftsförderung betrieben. Trotzdem versuchten sie es mit den ihnen vorhandenen Mitteln und dass viele vielleicht auch on Top außerhalb ihrer Arbeitsplatzbeschreibung noch was für Durlach täten, auch den Martinsumzug, das Altstadtfest möglich zu machen. Das sei weit weg von einer Professionalität. Sie würde das eher in den Bereich Ehrenamt setzen, dass was ein Beschäftigter oder ein Beamter vielleicht am Wochenende noch zusätzlich tue. Deswegen wäre natürlich ein Votum aus diesem Gremium, dass sie zum einen beschließen würden, dass sie es gerne hätten, dass es einen Zuständigen innerhalb der Stadtverwaltung für die Stärkung des Einzelhandelsstandort Durlach gebe und dann auch noch eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Ideen hätten sie alle. Aber die Umsetzung der Ideen koste immer auch in heutiger Zeit Geld.

OR Dr. Noé (FDP-OR-Fraktion) dankt den anderen Fraktionen für die Unterstützung des Themas und der Ortsvorsteherin für die Zusammenfassung. Der Antrag sei mit der Stellungnahme keinesfalls erledigt. Das solle jetzt weiter ausgeführt werden, am besten noch in diesem Jahr in einem nichtöffentlichen Arbeitsmeeting. Er bezeichne die Aufgabenbezeichnung der KME jetzt einfach mal als Webfehler, dass man Durlach übersehen habe. Er hoffe, dass man das auch in der Stadt Karlsruhe erkannt habe, dass man diesen Webfehler jetzt ausbessern müsse und sie einen kompetenten Ansprechpartner bekämen. Das sei jetzt der Fortschritt des Antrags, dass sie dieses Meeting jetzt ansetzten und daraus die nächsten Schritte ableiten würden. Er habe vielleicht noch einen quick Win. Die Weihnachtsbeleuchtung tauche ja in der Stellungnahme auf. Da hätten sie auch mal irgendwann Mittel aus der Brötchentaste gegeben. Er wolle wissen, wie es dann sein könne, dass DurlacherLeben mit Flyern durch die Gegend laufe. Die hätten kein Geld für die Betriebskosten. Sie hätten ja noch Mittel aus dem Budget übrig. Ansonsten unterstütze er natürlich auch privat diese Initiative, denn die Weihnachtsbeleuchtung müsse sein. Daran solle es nicht gebrechen.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 7: Stärkung Einzelhandelsstandort Durlach

Blatt 8

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass sie auch die Weihnachtsbeleuchtung unterstützt hätten. Sie müsse aber da auch sagen, dass die Geschäftsleute auch zu wenig für ihre eigene Weihnachtsbeleuchtung unterstützten. Daher gebe es nun den Flyer und den Aufruf an alle. Das müsse man ehrlicherweise auch sagen. Sie wolle wissen, ob sie das Zusammengefasste als Arbeitsauftrag mitnehmen dürfe. Sie sehe keine Gegenstimmen oder Enthaltungen. Daher nehme sie das als Auftrag des Gremiums mit.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

Protokoll zu

TOP 8: Mitteilungen des Stadtamtes Durlach

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 8, Mitteilungen des Stadtamtes Durlach**, auf. Die Mitteilungen hätten sie entsprechend ausgelegt, beziehungsweise versendet. Ausgelegt hätten sie heute noch eine Kurzfristige. Die Ampelschaltung an der Pforzheimer Straße hätten sie immerhin verlängert. Das sei wirklich schön. Dafür hätten sie jahrelang gebraucht. Die Tatsache, dass Ortschaftsräte mit der Stoppuhr vor Ort gewesen seien, sei dann doch noch erfolgreich gewesen. Sie danke den Kolleginnen und Kollegen. Dann hätte sie noch einen zweiten Punkt. Das ehemalige Seniorenhaus am Turmberg werde jetzt Schritt für Schritt mit Flüchtlingen aus der Ukraine belegt. In erster Linie seien es Familien mit Kindern sowie Rentnerinnen und Rentner. Das sollten 25 Personen seien. Die kämen jetzt auch in ihre Zuständigkeit bei Jugend und Soziales. Das sei mit ihnen und mit Karlsruhe abgestimmt. Herr Laue und seine Mannschaft seien da auch involviert.

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr
Protokoll zu
TOP 9: Mündliche Fragen**

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft **TOP 9, Mündlich Fragen**, auf.

OR Köster (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, dass er noch eine mündliche Frage aus der Oktobersitzung habe. Er habe nur vergessen, sie damals zu stellen. Am Schlossplatz habe man eine löbliche Idee umgesetzt. Dort seien Parkverhinderungsbügel aufgestellt worden. Jetzt sei es so, dass der Parkverkehr in die Haltestelle reingedrängt werde. Da stelle sich ihm die Frage, warum man nicht einfach zwei, drei, vier mehr aufgestellt habe. Hier komme es teilweise zu krassen Behinderungen, je nachdem wie viele Autos dastünden, wenn Flohmarkt sei. Das Thema hätten sie schon mal gehabt vor einigen Jahren. Er habe an die Polizeipräsidentin, an das zuständige Referat des Regierungspräsidiums, an das Ordnungsamt sowie an das Polizeirevier Durlach ein Foto gesendet. Ein Rollstuhlfahrer sei da sehr stark behindert worden, da zwischen Auto und Straßenbahn kein Platz mehr für ihn gewesen sei, um einzusteigen. Es sei daraus überhaupt gar nichts abgeleitet worden. Daher wolle er wissen, warum man das nicht ein Stück in die Haltestelle fortgesetzt habe, so dass man gefahrlos ein- und aussteigen könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) erklärt, dass sie die Frage dem Tiefbauamt weitergegeben hätten. Da gebe es wirklich eine Begründung dafür. Direkt im Anschluss beginne das Blindenleitsystem. In diesem Blindenleitsystem könne man nicht mit solchen Bügeln arbeiten. Das sei der Grund. Sie seien da regelmäßig mit ihrem GVD im Einsatz. Da werde auch ordentlich verwart. Das sei die einzige Möglichkeit. Da müssten sie da auch an die Bürgerinnen und Bürger, Autofahrerinnen und Autofahrer sowie Brötchenkäufer appellieren. Spätestens wenn es um barrierefreie Sachen wie Blindenleitsysteme gehe, dass es sich einfach nicht gehöre, darauf zu parken.

OR Dr. Klingert (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) fragt, was aus der nördlichen Seboldstraße geworden sei. Da sollten Pflanzkübel, also Urban Gardening Hochbeete hin, um zu verhindern, dass da zu viel geparkt werde. Da stehe einer und da fliege Müll rum. Sie wolle wissen, wie es da aussehe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie da einfach noch ein bisschen Zeit bräuchten. Da sollten ja noch die Sperrung und die Neuplanung erfolgen. Sie sollten da nicht mehr darauf warten und das selbst machen. Sie sei da mit Herrn Wintermeyer im Gespräch.

OR Malisius (FDP-OR-Fraktion) dankt dem Gartenbauamt, das ja drei Fitnessgeräte für Senioren an der Pfinz eingerichtet habe. Diese Geräte seien gut für die Schulter und für

**10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr**

**Protokoll zu
TOP 9: Mündliche Fragen**

Blatt 2

die Beine. Jetzt fehle aber noch etwas für den Bauch und den Rücken. Daher wolle er fragen, ob nochmal zwei Geräte angeschafft werden könnten, damit sie da komplett als Senioren ihre Übungen machen könnten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass es da weitere Geräte gebe. Wenn das okay sei, würde sie Herrn Wintermeyer bitten, nochmal weitere Vorschläge zu machen. Sie hätten auch Gelder für so etwas im Haushalt eingestellt. Das dürfte sicherlich möglich sein.

OR Kehrlé (CDU-OR-Fraktion) merkt an, dass damals in der Rittnertstraße aus Gründen des Lärmschutzes Tempo 30 eingeführt worden sei. In dem Zusammenhang sei ja nach der Verkehrsüberwachung ein absolutes Halteverbot auf der Rittnertstraße beginnend ab Hausnummer 50 aufwärts eingeführt worden. Mittlerweile parkten die Autos jetzt aber bergab in Richtung Hausnummer 42 und 44. Das befinde sich mittlerweile so im Kurvenbereich, dass der Bus und andere Verkehrsteilnehmer die Kurve gar nicht mehr einsehen könnten. Er wolle wissen, ob man nach unten hin noch ein Teilstück als Halteverbot ausweisen könne. Das sei nicht immer so, aber relativ oft.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie das so weitergeben würden.

OR Anna Frey (DIE LINKE) erklärt, dass es an der Straßenbahnhaltestelle Ellmendingerstraße eine große Bahnhofsuhr mit vier Ziffernblättern gebe. Von denen seien drei ausgefallen oder teilweise schon rausgebrochen. Sie wolle wissen, wer für die Wartung zuständig sei und ob man das an den Verantwortlichen weitergeben könne.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie das nicht beantworten könne. Sie würden aber den Zuständigen ermitteln.

OR Siebach (SPD-OR-Fraktion) merkt an, dass die Fitnessgeräte sehr gut angenommen würden. Nun sei der Wunsch da, dass man eine Anleitung bekomme, was man damit machen könne. Es gebe dafür eine App. Das sei aber schwierig, da immer das Handy zu nehmen, wenn man an diesen Geräten arbeite. Er habe den Wunsch, dass man da größere Tafeln anbringe, – die gebe es auch vom Hersteller – damit die Leute einfach sehen könnten, was man mit den Geräten machen könne. Das Zweite sei die Rommelstraße, der Übergang am Netto. Er wolle wissen, ob man da nachhaken könne. So ewig könne das nicht dauern, eine Lösung zu finden, die für alle Beteiligten und vor allem für die Fußgänger sinnvoll sei und diese sogar schütze. Dann habe er noch etwas Angenehmeres. Er wolle ein Lob und einen Dank aussprechen. Er habe am Samstag diesen Martinsumzug gesehen. Er habe die vielen Leute gesehen, die da gewesen seien und die vielen strahlenden Kinderaugen und die Freude, das Zusammenkommen in Durlach an diesem wunder

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 9: Mündliche Fragen

Blatt 3

schönen Platz. Er wolle allen Organisatoren danken, Stadtamt, Herrn Rößler, Freiwilliger Feuerwehr, wer auch immer noch beteiligt gewesen seien. Das seien so Veranstaltungen, die hier für die Durlacher insgesamt wichtig seien. Wenn man gesehen habe, wie viele Leute da gekommen seien und wie groß die Freude und die Begeisterung seien, könne er sagen, dass man so etwas gerne öfter machen könne und dass es schön sei, dass es wieder hier unten in Durlach sei.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie das zum Anlass nehme, den Akteuren in Durlach zu danken. Da gebe es ein Gespräch der Ortsvorsteherin mit DurlacherLeben und dann sehe man die Probleme, dass man jetzt mal niemand habe, der sich um die Organisation kümmere und dass es schwierig werde, von hinten vom alten Friedhof. Das gehe nicht mehr auf Zuruf bei der Polizei. Man müsse das offiziell beantragen. Das werde alles schwieriger. Den Martinsumzug hätten sie wieder in die Innenstadt holen wollen. Dann sei aus diesem Gespräch heraus entstanden, die Freiwillige Feuerwehr zu fragen, ob sie wieder mit im Boot sei, wie sie es schon in früheren Jahren gewesen sei. Sie hätten dann gesagt, dass es keinen Zug durch die Innenstadt gebe, aber sie sich zumindest vor der Karlsburg treffen würden. Sie hätte den Feuerwehrkommandanten, Herrn Franke, angerufen. Der habe sofort zugesagt und die tolle Idee gehabt, einen Rundgang durch den Schlossgarten zu machen. Das sei ja für Kinder auch wunderschön. Dann seien Herr Rößler, Herr Franke mit DurlacherLeben zusammengekommen. Dann habe sich Frau Mössinger vom Kinder- und Jugendhaus noch eingeklinkt. Sie habe wirklich Gänsehaut an diesem Abend gehabt. Es sei wirklich eine fantastische, wundervolle Veranstaltung geworden. Sie habe es am Montag schon gesagt, wenn man in die Augen der Kinder schaue, dann wisse man, wofür man das tue. Das sei wunderschön gewesen. Einen Akteur habe sie noch vergessen. Vier von der jüngeren Theater AG des Markgrafengymnasiums hätten sich dazu bereit erklärt, die Martinsgeschichte zu spielen. Das sei auch Durlach und ein Teil des Stadtmarketings. Das sei kein professioneller, aber er könne trotzdem sehr schön sein.

OR Pötzsche (B'90/DIE GRÜNEN-OR-FRAKTION) erklärt, dass die Pestalozzistraße ihn gebeten habe, ein Problem anzusprechen. In der Bleichstraße, Ecke Raiherwiesenstraße sei schon seit Monaten ein Baustofflager, das für eine Baumaßnahme an den Bahngleisen diene. Dieses Lager verursache neben dem Lärm erhebliche LKW- und Rangierverkehre. Er habe da auch mal ein Bild gesehen, das sehe schon etwas abenteuerlich aus und sei im Vorfeld und auf dem Weg zur Grundschule. Wenn man dann noch die unsäglichen Elterntaxi-Verkehre hinzunehme, sei das schon eine unheilsame Kombination. Die Situation vor der Schule sei recht negativ. Er sei gebeten worden, zu erfragen, wie die Verwaltung die Verkehrssituation für die Schülerinnen und Schüler sehe und falls sie ein Problem darin sehe, ob sie auch Lösungsmöglichkeiten sehe, um die Schulwegsituation der Kinder zu verbessern. Er wolle wissen, ob der Verwaltung Informationen vorlägen, wie lange das Baustofflager noch existiere.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,

17:00 Uhr

Protokoll zu

TOP 9: Mündliche Fragen

Blatt 4

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie das Ordnungs- und Bürgeramt danach gefragt hätten. Zu Fragen der Verkehrssituation und möglichen Lösungsvorschlägen sei jetzt so kurzfristig keine Antwort möglich gewesen. Aber die Bau- maßnahme solle sich in den letzten Zügen befinden und das Baustofflager solle Ende nächster Woche geräumt sein. Grundsätzlich sei die Baustelle derzeit bis 30.11. genehmigt. Sie habe die Frage zum Anlass genommen, vielleicht das Ordnungs- und Bürgeramt zu sensibilisieren, wenn sie solche Sachen rund um Schulen genehmigten, dass man dann mit den Schulleitungen Kontakt aufnehme. Baustellen seien an vielen Stellen notwendig, aber man könnte diese dann in Abstimmung mit den Schulen machen.

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) begrüßt ebenfalls die Sportgeräte an der Pfinz. Das sei toll und werde auch angenommen. Nur habe sie auch mal einen Antrag für Aue gestellt. Außerhalb der Calisthenics-Anlage fehlten ihnen auch dort die Sportgeräte. Ihr sei zugesagt worden, dass hier auch Sportgeräte dazukommen würden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie die Beschlusslage nochmal überprüfen müssten. Sei meine, sie hätten es verschoben.

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) erklärt, dass die Frauen darauf warten würden. Sie fühle sich ein bisschen diskriminiert. Sie habe den ganzen Tag daran gedacht und habe es eigentlich nicht ansprechen wollen. Sie habe es erst durch Herrn Wenzel, der ihr Mut gemacht hätte, angesprochen.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass es immer gut sei, Dinge anzusprechen. Sie würden nachsehen, wie die Lage sei.

OR Yesil (FW-OR-Fraktion) bekräftigt, dass ihnen in Aue die Geräte fehlen würden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie es verstanden hätten. Sie habe keine weiteren Wortmeldungen und wolle eine Anmerkung machen. Sie danke dem Gremium für die Zusendung der Fragen vorab. Das tue der Sitzung gut, weil viele der Sachen, wenn sie es aufnehmen würden, für Bürgerinnen und Bürger – nicht immer aber oft – beantwortet werden könnten. An dieser Stelle wolle sie die Gelegenheit nutzen, Herrn Wurm zu danken. Er sei derjenige, der die Antworten so kurzfristig beikriegen müsse. Das sei nicht immer leicht. Offensichtlich – denn er schaffe es ja in ganz vielen Fällen – finde er bei den Kolleginnen und Kollegen der Fachämter die richtige Ansprache. Ihr zweiter Dank gehe an die Kolleginnen und Kollegen der Fachämter. Sie seien ja hier häufiger etwas kritischer, aber das sei wirklich was Positives und Schönes, wie sie teilweise innerhalb weniger Stunden gute und detaillierte Antworten geben würden. Das sei einen kleinen Beifall wert. Sie beendet die Sitzung um 19:08 Uhr.

10. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 15. November 2023,
17:00 Uhr

Protokoll zu
TOP 9: Mündliche Fragen

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
Alexandra Ries
Ortsvorsteherin

.....
OR Wenzel
(FW-OR-Fraktion)

Der Protokollführer:

.....
OR Siebach
(SPD-OR-Fraktion)

.....
Carlo Wurm
(StaDu)